

Niederschrift über die 7. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie, Senioren und Soziales am 18.01.2011, 17:35 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
stimmberechtigte Mitglieder		
Herr Lutz Wedhorn	CDU	
Herr Martin Althoff		Vertretung für Herrn Winfried Limbrock
Herr Andreas Fink		
Frau Margret Goß	CDU	
Herr Norbert Hagemann	CDU	
Herr Ludger Kämmerling	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
Herr Friedhelm Löbbert	Pro Coesfeld	
Frau Bettina Meyer		
Herr Kai Oliver Mosel	FDP	Vertretung für Herrn Manfred Holters
Herr Andreas Walde	Pro Coesfeld	
Frau Inge Walfort	SPD	
beratende Mitglieder		
Herr Hans-Jürgen Dittrich		Abwesend ab 19.55 Uhr
Herr Johannes Hammans		
Herr Hubert Hessel	FBL 51	
Herr Dankward Niedermeier		
Herr Dr. Thomas Robers	Beigeordneter	Vertretung für Herrn Bürgermeister Heinz Öhmann
Herr Andreas Wellenbüscher		
Verwaltung		
Herr Hartmut Kreuznacht		
Herr Christian Prost		

Schriftführung: Frau Heike Feldmann

Herr Lutz Wedhorn eröffnet um 17:35 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:30 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Bericht der Verwaltung und Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden
- 1.1 für den Fachbereich Jugend, Familie, Bildung, Freizeit
- 1.2 für den Fachbereich Soziales und Wohnen
- 2 Erhöhung der Elternbeiträge für den Besuch von Kindertageseinrichtungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung
Vorlage: 343/2010
- 3 Verringerung der Betriebskostenzuschüsse an Vereine/Institutionen und der Zuschüsse zur finanziellen Förderung der Jugendarbeit im Rahmen der Haushaltskonsolidierung
Vorlage: 342/2010
- 4 Entwurf des Haushaltsplanes 2011 - Budget 51 - Teilbudget Jugend und Familie
Vorlage: 356/2010
- 5 Konzept zur Konsolidierung des städtischen Haushalts - Budget 50 -
Vorlage: 004/2011
- 6 Entwurf des Haushaltsplanes 2011 - Budget 50 Soziales und Wohnen -
Vorlage: 006/2011
- 7 Erreichbarkeit des Jugendamtes - Antrag der Fraktion Pro Coesfeld
Vorlage: 008/2011
- 8 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Bericht der Verwaltung und Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden
- 1.1 für den Fachbereich Jugend, Familie, Bildung, Freizeit
- 1.2 für den Fachbereich Soziales und Wohnen
- 2 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Bericht der Verwaltung und Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden
-------	---

TOP 1.1	für den Fachbereich Jugend, Familie, Bildung, Freizeit
---------	--

Herr Hessel berichtet über den aktuellen Stand der Investitionsförderungen für den U3 Ausbau in den Kindertageseinrichtungen. Das Land hat mit Datum vom 22.12.2010 aus dem Nachtragshaushalt für die gemeldeten Kindergärten aus der Härtefallliste eine Teilsumme von 309.243,--€ bewilligt und bereits ausgezahlt. Dem Landesjugendamt musste bis zum 15.01.2011 gemeldet werden, welche Einrichtungen mit diesen Mitteln gefördert werden sollen.

Da in der Härtefallliste ausschließlich Einrichtungen aus der Kirchengemeinde Anna Katharina, aufgeführt sind, ist nach Rücksprache mit dem Träger der Ludgerus-Kindergarten für einen Um- bzw. Anbau gemeldet worden. Die bereitgestellte Summe reicht allerdings nicht aus, um die Maßnahme komplett zu finanzieren. Es besteht eine Deckungslücke von rd. 250.000,--€. Beim Landesjugendamt wurde deshalb eine Aufstockung der Fördersumme beantragt. Eine Rückfrage hat ergeben, dass eine Nachbewilligung sehr wahrscheinlich in Aussicht gestellt werden kann.

TOP 1.2	für den Fachbereich Soziales und Wohnen
---------	---

Herr Dr. Robers berichtet, dass der Caritaskreis Lette in Zusammenarbeit mit der Polenhilfe beabsichtigt, in Coesfeld eine Möbelkammer einzurichten. In dieser sollen sowohl Möbel als auch Haushaltsgeräte zu günstigen Preisen angeboten werden. Die Verwaltung hat ihre Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten zugesagt. Die städtische Möbelkammer würde ggfs. mit eingebracht.

Herr Prost berichtet, dass die geplante Änderung des SGB II im Bundesrat zunächst gescheitert ist. Wesentliche Inhalte der Änderung sind die Anhebung des Regelsatzes für einen Haushaltsvorstand von 359,00 € auf 364,00 € und das beabsichtigte Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche. Der Vermittlungsausschuss tagt am 19.01.2011.

TOP 2	Erhöhung der Elternbeiträge für den Besuch von Kindertageseinrichtungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung Vorlage: 343/2010
-------	--

Herr Dr. Robers erläutert die Finanzlage und Haushaltsituation der Stadt Coesfeld. Durch die veränderten Berechnungsgrundlagen des Landes für die Schlüsselzuweisungen, hat sich

das Defizit von 3,5 Mio. € auf 7,5 Mio. € erhöht. Die Finanzlage der Stadt Coesfeld ist dramatisch.

Anschließend erläutert Herr Dr. Robers die Vorlage.

Alle Fraktionen machen in der Diskussion deutlich, dass eine Beitragserhöhung aus familienpolitischer Sicht nicht erfolgen sollte.

Herr Hagemann von der CDU-Fraktion erklärt, dass aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Coesfeld nicht auf eine Erhöhung verzichtet werden kann. In der bestehenden Beitragstabelle gibt es s.E. eine Ungleichbehandlung zwischen der 25-, 35- und 45-Stundenbuchung. Diese würde durch den Vorschlag B der Anlage 3 ausgeräumt und eine Beitragsgerechtigkeit hergestellt. Auch sollte in der neuen Beitragstabelle die unterste Stufe auf 15.000 € angehoben, eine neue Beitragsstufe ab 72.500 € eingeführt und die Befreiung der Geschwisterkinder aufgehoben werden. Die CDU-Fraktion könne sich sogar einen Beitrag für Geschwisterkinder von 50 % des Elternbeitrages vorstellen.

Herr Löbbert von der Fraktion Pro Coesfeld favorisiert auch den Vorschlag B der Vorlage und ist für die Veränderung der untersten Stufe auf 15.000 €. Allerdings soll der Beitrag für Geschwisterkinder nur 10 % des Elternbeitrages betragen. Auch Herr Walde spricht sich für eine 10 %ige Beitragshöhe für Geschwisterkinder aus. Die Beiträge für Kinder unter 2 Jahren sollten nicht das ganze Kindergartenjahr gelten, sondern wie bisher mit dem 2. Geburtstag herabgesetzt werden.

Herr Kämmerling von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht eine Anpassung der Beiträge auch für notwendig an, allerdings würden die Bürger auch bereits durch Steuererhöhungen finanziell stark belastet. Er spricht sich ebenfalls für den Vorschlag B, einen Beitrag von 25 % für Geschwisterkinder, die neuen Einkommensstufen und die jährliche 1,5 %ige Erhöhung aus. Allerdings sollte die Beitragstabelle möglichst für ein Jahr befristet werden, um in einem Jahr über die Beiträge in 2012 zu beschließen.

Frau Walfort von der SPD-Fraktion spricht sich für den Vorschlag C (Anlage 4) der Vorlage aus. Auch die Einführung der neuen Einkommensgruppen würde sie befürworten. Allerdings sollten Geschwisterkinder weiterhin beitragsfrei bleiben.

Herr Mosel von der FDP-Fraktion befürwortet ebenfalls den Vorschlag B, die neuen Einkommensstufen, die Einführung der Beiträge für Geschwisterkinder und die jährliche Erhöhung um 1,5 %. Er gibt zu Bedenken, ob die 1,5 %igen Erhöhung richtig ist, da eine Änderung des KiBiz beabsichtigt sei. Aus diesem Grunde sollte die Satzung befristet werden.

Herr Hamanns sieht als Trägervertreter den Vorschlag B als sehr problematisch an. Er sieht darin eine Entlastung des städtischen Haushalts auf Kosten der Kinder in den Einrichtungen, da zu befürchten ist, dass Eltern verstärkt von bislang 35 auf 25 Stunden Betreuungszeit umbuchen werden.

Herr Dr. Robers macht deutlich, dass eine Befristung der Satzung nicht sinnvoll wäre. Er schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, die Verwaltung zu beauftragen, im Frühjahr 2012 über die Entwicklung des Buchungsverhaltens und über die Einnahmesituation zu berichten.

Beschluss 1:

Es wird beschlossen, die Elternbeiträge gemäß dem Vorschlag A (Anlage 2) zum 01.08.2011 zu erhöhen.

Beschluss 2:

Es wird beschlossen, die Elternbeiträge gemäß dem Vorschlag B (Anlage 3) zum 01.08.2011 zu erhöhen.

Beschluss 3:

Es wird beschlossen, die Elternbeiträge gemäß dem Vorschlag C (Anlage 4) zum 01.08.2011 zu erhöhen.

Beschluss 4:

Es wird beschlossen, ab dem 01.08.2011 die unterste Einkommensstufe auf 15.000,00 € anzuheben und eine weitere Einkommensstufe „über 72.500,00 €“ einzuführen.

Beschluss 5:

Es wird beschlossen, dass für Geschwisterkinder ab 01.08.2011 ein Elternbeitrag in Höhe von 25 % des einkommensabhängigen Elternbeitrages zu entrichten ist.

Beschluss 6:

Es wird beschlossen, die Elternbeiträge ab dem 1.8.2012 jährlich um 1,5 % zu erhöhen.

Beschluss 7:

Es wird beschlossen, die Elternbeiträge für Kinder unter 2 Jahren für das gesamte Kindergartenjahr in gleicher Höhe zu erheben. Maßgeblich ist das Alter des Kindes zum Stichtag 01.11. eines Jahres.

Beschluss 8:

Es wird beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, die in den Beschlussvorschlägen 2 und 4 bis 7 gefassten Beschlüsse in eine neue Elternbeitragssatzung umzusetzen und diese zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Verwaltung soll im Frühjahr 2012 die Elternbeiträge erneut auf die Tagesordnung setzen und über den Sachstand berichten.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1: nicht abgestimmt			

Beschluss 2	9	2	1
Beschluss 3: nicht abgestimmt			
Beschluss 4	12	0	0
Beschluss 5	10	2	0
Beschluss 6	12	0	0
Beschluss 7	6	5	1
Beschluss 8	9	0	3

TOP 3	Verringerung der Betriebskostenzuschüsse an Vereine/Institutionen und der Zuschüsse zur finanziellen Förderung der Jugendarbeit im Rahmen der Haushaltskonsolidierung Vorlage: 342/2010
-------	--

Während der Diskussion kommt von der Fraktion Pro Coesfeld die Frage auf, warum bei den Konsolidierungsvorschlägen unterschiedliche Kürzungssätze vorgeschlagen wurden.

Herr Dr. Robers erläutert, dass bei den Kürzungsvorschlägen nach neuen und bereits länger bestehenden Projekten unterschieden wurde. Gerade erst angestoßenen Projekte sollen weniger belastet werden. Außerdem haben mit einigen Trägern bereits Gespräche über die beabsichtigten Kürzungen stattgefunden. Die Kürzungen wirken sich nicht aus und bleiben in einem vertretbaren Rahmen.

Bei den Zuschüssen für Jugenderholungsmaßnahmen kommt es zu kontroversen Diskussionen zwischen den Ausschussmitgliedern. Während die CDU-Fraktion die Kürzung ablehnt, stellt Herr Mosel von der FDP-Fraktion den Antrag, die Zuschüsse ganz zu streichen.

Beschluss 1: Betriebskostenzuschuss Sirksfelder Schule

Es wird beschlossen, den Betriebskostenzuschuss an den Verein der Freizeit- und Bildungsstätte der katholischen Jugend Coesfeld e.V. von derzeit 3.500,--€ ab 2011 auf 2.625,--€ jährlich zu reduzieren.

Beschluss 2: Zuschuss „Junge-Mütter-Treff“, Sozialdienst katholischer Frauen Coesfeld

Es wird beschlossen, den Zuschuss an den Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Coesfeld für das Projekt „Junge-Mütter-Treff“ ab 2011 von derzeit 1.000,-- € auf dann jährlich 750,--€ zu reduzieren.

Beschluss 3: Projekt „Wellcome“, Katholisches Bildungsforum, Familienbildungsstätte Coesfeld/Mehrgenerationenhaus

Es wird beschlossen, den Zuschuss an die Familienbildungsstätte Coesfeld für das Projekt „Wellcome“ von bislang 5.000,--€ ab 2011 auf 4.500,--€ und ab 2012 auf 4.000,--€ jährlich zu reduzieren.

Beschluss 4: Projekt „Willkommensgruß“, Katholisches Bildungsforum, Familienbildungsstätte Coesfeld/Mehrgenerationenhaus

Es wird beschlossen, den Zuschuss an die Familienbildungsstätte Coesfeld für das Projekt „Willkommensgruß“ ab 2011 von derzeit 2.000,-- € auf dann 1.800,--€ jährlich zu reduzieren.

Beschluss 5: Zuschuss an die Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle im Bistum Münster

Es wird beschlossen, den pauschalen Personalkostenzuschuss an die Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstelle im Bistum Münster für die Ehe- und Lebensberatungsstelle in Coesfeld ab 2013 von 30.000,-- € auf dann 27.000,--€ jährlich zu reduzieren.

Beschluss 6: Projekt „Guter Start“, Der Bunte Kreis Münsterland e. V.

Es wird beschlossen, den Zuschuss an den Bunten Kreis Münsterland e.V. für das Projekt „Guter Start“ ab 2012 von 20.090,00 € auf dann 18.810,--€ jährlich zu reduzieren.

Beschluss 7: Zuschuss an den Caritasverband für den Kreis Coesfeld e. V. zur Finanzierung der Erziehungsberatungsstelle

Es wird beschlossen, vorbehaltlich der Abstimmung mit den Jugendämtern und den Vorgaben der Förderrichtlinien des Landes, den Zuschuss an den Caritasverband für den Kreis Coesfeld e.V. für die Erziehungsberatungsstelle ab 2013 um 8.500,-- € jährlich zu reduzieren.

Beschluss 8: Förderung von Familienfreizeiten

Es wird beschlossen, den Zuschuss für Familienfreizeiten ab 2011 zu streichen.

Beschluss 9: Förderung von Jugendholungsmaßnahmen

Es wird beschlossen, den Zuschuss für Jugendfreizeiten ab 2011 auf 1,75 € pro Tag und Teilnehmer festzusetzen.

Beschluss 9a: Förderung von Jugendholungsmaßnahmen (Antrag der FDP-Fraktion)

Es wird beschlossen, den Zuschuss für Jugendfreizeiten ab 2011 zu streichen.

Beschluss 10: Zuschuss zur Anschaffung von Jugendpflegematerialien

Es wird beschlossen, den Zuschuss für Jugendpflegematerialien ab 2011 auf einen Höchstbetrag von 440,-- € festzusetzen und das Gesamtvolumen von 3.500,-- € auf 2.000 € zu reduzieren.

Beschluss 11: Änderung der Richtlinien zur finanziellen Förderung der Jugendarbeit

Es wird beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, die Richtlinien zur finanziellen Förderung der Jugendarbeit entsprechend der Beschlüsse 8 bis 10 zu ändern und eine Neufassung zur Beschlussfassung in der nächsten Sitzung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	9	1	2
Beschluss 2	8	2	2
Beschluss 3	12	0	0
Beschluss 4	11	0	1
Beschluss 5	7	2	2
Beschluss 6	10	0	2
Beschluss 7	11	1	0

Beschluss 8	11	0	1
Beschluss 9	4	8	0
Beschluss 9 a (Antrag der FDP-Fraktion)	1	11	0
Beschluss 10	12	0	0
Beschluss 11	12	0	0

Herr Hagemann nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu Beschluss 5 wegen Befangenheit nicht teil.

TOP 4	Entwurf des Haushaltsplanes 2011 - Budget 51 - Teilbudget Jugend und Familie Vorlage: 356/2010
-------	---

Herr Löbbert stellt den Antrag, über die Beratung und Beschlussfassung der Vorlage in der nächsten Sitzung abzustimmen. Erst sollen vorher die sich aus dem GFG-Entwurf für das Jahr 2011 ergebenden neuen Zahlen und Haushaltsansätze eingearbeitet werden.

Beschluss 1 (Antrag Pro Coesfeld):

Es wird beschlossen, über die Vorlage in der nächsten Sitzung zu beraten und zu beschließen.

Beschluss 2:

Es wird beschlossen, dem Entwurf des Haushaltes 2011 zum Budget 51 – Teilbudget Jugend und Familie – unter Berücksichtigung der im Rahmen der Haushaltskonsolidierung beschlossenen Maßnahmen zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	2	9	1
Beschluss 2	8	1	3

TOP 5	Konzept zur Konsolidierung des städtischen Haushalts - Budget 50 - Vorlage: 004/2011
-------	---

Nach einer kurzen Diskussion stimmen die Ausschussmitglieder den Kürzungsvorschlägen der Verwaltung in fast allen Bereichen zu. Beschlussvorschlag 2 „Warmer Mittagstisch“ soll von der Kürzung nicht betroffen sein.

Auf Antrag der Fraktion Pro Coesfeld sollen die Mittel für Zuschüsse an Vereine und Verbände mit sozialer Zielsetzung (Beschluss 5) für besondere Projekte weiterhin in der bisherigen Höhe zur Verfügung stehen. Allerdings sollen die nicht verbrauchten Mittel am Jahresende in den Haushalt zurückgeführt werden. Über den Vorschlag der Verwaltung, die Mittel zu kürzen, wird nicht abgestimmt.

Beschluss1: Benutzungsgebühren Übergangsheime

Es wird beschlossen, die Benutzungsgebühren für die städtischen Übergangsheime ab 2011 neu zu ermitteln und festzusetzen.

Beschluss 2: Zuschuss warmer Mittagstisch

Es wird beschlossen, den Zuschuss „Aktion Warmer Mittagstisch“ ab 2013 von 1.500,-- € um 20 % auf dann 1.200,-- € zu reduzieren.

Beschluss 3: Förderung von Integrationsmaßnahmen

Es wird beschlossen, die Zuschüsse für Integrationsmaßnahmen ab 2013 von 7.620,-- € um 20 % auf dann 6.080,-- € zu reduzieren.

Beschluss 4: Zuschüsse an Seniorenbegegnungsstätten:

Es wird beschlossen, die Zuschüsse an Seniorenbegegnungsstätten ab 2013 von 2.000,-- € um 20 % auf dann 1.600,-- € zu reduzieren.

Beschluss 5: Zuschüsse an Vereine und Verbände mit sozialer Zielsetzung

Es wird beschlossen, die Zuschüsse an Vereine und Verbände mit sozialer Zielsetzung ab 2011 in Höhe der für Projekte vorgesehenen Fördersumme (1.900,-- €) von 6.900,-- € auf dann 5.000,-- € und ab 2013 um 20 % auf dann 4.000,-- € zu reduzieren.

Beschluss 5 (alternativ); Antrag der Fraktion Pro Coesfeld:

Es wird beschlossen, die Fördermittel, die der Jugendhilfeausschuss bisher für besondere soziale Projekte vorgehalten hat, wieder an den Haushalt zurückzuführen, wenn bis zu einem noch zu bestimmenden Termin eines Jahres keine entsprechenden Förderanträge gestellt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	11	1	0
Beschluss 2	5	6	1
Beschluss 3	11	0	1
Beschluss 4	8	2	2
Beschluss 5 nicht abgestimmt			
Beschluss 5 (alternativ)	12	0	0

TOP 6	Entwurf des Haushaltsplanes 2011 - Budget 50 Soziales und Wohnen - Vorlage: 006/2011
-------	---

Herr Dr. Robers gibt zur Vorstellung des Haushaltsplanentwurfs bekannt, dass bereits jetzt 2 Veränderungen eingetreten sind.

Die Grundleistungen für Asylbewerber werden mit lediglich 250.000 € und die Krankenhilfe in Einrichtungen für Asylbewerber mit 55.000 € veranschlagt. Hierdurch entstehen Einsparungen in Höhe von 75.000 €. Diese Beträge werden in den Änderungsnachweis eingearbeitet.

Im Rahmen der Diskussion beantragt Herr Löbbert für die Fraktion Pro Coesfeld, eine Verschiebung der Beschlussfassung in die nächste Sitzung.

Beschluss 1 (Antrag Pro Coesfeld):

Es wird beschlossen, über die Vorlage in der nächsten Sitzung zu beraten und zu beschließen.

Beschluss 2:

Es wird beschlossen, dem Entwurf des Haushaltes 2011 zum Budget 50 – Soziales und Wohnen – zuzustimmen.

Beschluss 3

1. Es wird beschlossen, das Integrationsprojekt „Internationales Frauencafe“ des Vereines Frauen e.V. mit einem Höchstbetrag in Höhe von 70 % der nachgewiesenen Projektkosten zu fördern. Grundlage bildet der Finanzplan mit Gesamtprojektkosten in Höhe max. 1.440 €
2. Es wird beschlossen, die Entscheidung zum Förderantrag des Sozialdienstes kath. Frauen zurückzustellen, um der Antragstellerin Gelegenheit zu geben, die Planung des Projekts „Beratung und Betreuung junger Spätaussiedlerfamilien“ unter Berücksichtigung der für die Förderung ab 2011 maßgeblichen Förderbedingungen (Einpassung in Integrations-/Zielfelder) zu überarbeiten.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	2	9	1
Beschluss 2	8	1	3
Beschluss 3	11	0	1

TOP 7 Erreichbarkeit des Jugendamtes - Antrag der Fraktion Pro Coesfeld
Vorlage: 008/2011

Herr Hessel nimmt Stellung zum Antrag der Fraktion Pro Coesfeld.

Er macht zunächst deutlich, dass zwischen der Erreichbarkeit innerhalb und außerhalb der Dienstzeiten unterschieden werden muss.

Innerhalb der Dienstzeiten sind die Mitarbeiter während der normalen Sprechzeiten telefonisch, per Mail, Brief oder Fax erreichbar. Aufgrund der vielen Außentermine und Besprechungen kann es passieren, dass der Anrufer seinen zuständigen Sachbearbeiter nicht sofort erreicht. Er kann dann aber eine Mitteilung auf den Anrufbeantworter sprechen oder bei einer Kollegin im Frontoffice eine Nachricht hinterlassen bzw. einen Gesprächstermin vereinbaren.

Bei eingehenden Meldungen über akute Kindeswohlgefährdungen ist eine besondere schriftliche Dienstanweisung seitens der MitarbeiterInnen zu beachten. In dieser Dienstanweisung ist genau geregelt, wie in einem solchen Fall zu verfahren ist. Ist keine Fachkraft erreichbar, sind auch alle weiteren Kolleginnen und Kollegen des Fachbereichs verpflichtet, diese Meldung entgegen zu nehmen und die notwendigen Schritte unverzüglich einzuleiten.

Außerhalb der allgemeinen Dienstzeiten ist ein kreisweiter Bereitschaftsdienst eingerichtet. Dieser ist für Akut- bzw. Notfälle zuständig. Meldungen können auch jederzeit über die zuständige Polizeidienststelle abgegeben werden.

Der Antrag soll zum Anlass genommen werden, zu prüfen, wie die Erreichbarkeit, unter Berücksichtigung aller technischen Möglichkeiten, noch weiter verbessert werden kann.

Die Ausschussmitglieder waren anschließend der Meinung, dass die Situation noch einmal analysiert werden soll und über Änderungen in einer der nächsten Sitzungen berichtet werden soll.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Verwaltung stellt sicher, die telefonische Erreichbarkeit des Jugendamtes dahingehend zu optimieren, dass innerhalb von maximal 24 Stunden auf dringende Hilferufe reagiert wird, sei es durch Ausstattung mit Notfallhandys oder anderen geeigneten Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	12	0	0

TOP 8 Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Lutz Wedhorn
Vorsitzender

Heike Feldmann
Schriftführerin